



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Manfred Rouhs

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

AN/1243/2007

Antrag gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates auf Durchführung einer aktuellen Stunde

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	18.10.2007

Überbezahlung der Kölner Kommunalpolitiker

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln beantragt hiermit, in der Sitzung des Rates am 18. Oktober 2007 eine Aktuelle Stunde zum Thema „Überbezahlung der Kölner Kommunalpolitiker“ durchzuführen.

Begründung:

Ratspolitiker der Altparteien haben kürzlich wieder einmal dem Ansehen der Kölner Kommunalpolitik schweren Schaden zugefügt. Ihre Rhetorik klingt schrill und ihre Einigkeit ist groß: Repräsentanten von CDU, SPD, Grünen und FDP fordern mehr Geld für ihre Mandatsausübung. Viel mehr Geld. Denn „ansonsten wird sich das irgendwann kein Bekloppter wie wir mehr antun, und im Rat sitzen nur Reiche oder Arbeitslose“, zitiert der „Express“ vom 10. Oktober 2007 die grüne Fraktionsvorsitzende Barbara Moritz, die sich dem Bericht zufolge zudem finanziell diskriminiert sieht: „Mit Blick auf vergleichbare Großstädte sind wir ‚arme Kirchenmäuse‘.“ Dem Boulevardblatt fiel es leicht, von Vertretern der übrigen Fraktionen der Altparteien Äußerungen mit gleicher Stoßrichtung einzufangen:

Winrich Granitzka, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hätte gegen mehr Geld auf seinem Konto nichts einzuwenden. „Wir haben faktisch halbprofessionelle Ratspolitiker, die aber schlecht bezahlt werden. Da bekommt jede Putzfrau mehr.“ Sein Kollege von der SPD-Fraktion findet die Bezahlung „nicht zeitgemäß“. Der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite pflichtet ihm bei und wird vom „Express“ zitiert mit dem Satz: „Die ‚Besoldung‘ paßt nicht zu einer Metropole wie Köln.“

Die Damen und Herren Politiker können sich arm rechnen. Laut einer „vergleichenden Großstadtanalyse“ von Marion Reiser, auf die der „Express“ Bezug nimmt, kommen Kölner Ratsmitglieder durchschnittlich im Monat auf 650 Euro Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigung. Den Frankfurtern geht es demnach mit 1.150 Euro monatlich besser, die Münchener streichen sogar 2.059 Euro ein, und in Stuttgart bringen es die Stadträte auf 2.460 Euro im Monat. Noch besser haben es mit 3.209 monatlich die Ratspolitiker in Hamburg.

Solche Zahlenspiele haben auch den finanziellen Appetit der Bezirks-Politiker geweckt. So fühlt sich u.a. der Porzer Bezirksvorsteher Horst Krämer unterbezahlt. 600 Euro monatliche Aufwandsentschädigung und ein Repräsentationsetat von 6.000 Euro erscheinen ihm als zu knapp bemessen. Zuspruch bekommt er, der CDU-Mann, über Parteigrenzen hinweg aus der Innenstadt vom grünen Bezirksvorsteher Andreas Hupke und von Josef Wirges, SPD, aus Ehrenfeld. Sonst streitet man sich gerne, aber wenn es ums Geld geht, sind sich die Vertreter der Altparteien einig: Davon kann man gar nicht genug haben!

Der „Express“ vom 13. Oktober 2007 macht die Forderung des Triumvirats öffentlich, „daß sie bei der Fülle ihrer Aufgaben professionell ausgestattet werden“. Denn man nimmt ja schließlich den Ratspolitikern wichtige, dringend zu erledigende Aufgaben ab. Andreas Hupke weiß, wo seine Kernkompetenz liegt: „Der Rat muß sich nicht mit jedem Hundehaufen beschäftigen.“

In dem Artikel bezeichnen sich die drei Bezirksvorsteher dann auch konsequent selbst als das, was sie gerne wären: als „Bezirksbürgermeister“. Bislang ein Titel ohne Mittel, und noch nicht einmal ein offizieller. Verzicht ist nicht die Stärke der Kölner Kommunalpolitiker, sie streben nach Höherem. Statt den selbst verliehenen Titel aufzugeben, wollen sie eine Angleichung der Finanzzuwendungen an ihre Wunschvorstellungen herbeibetteln.

Indessen muß die Frage erlaubt sein, ob jeder derjenigen „Bekloppten“ – um bei der Wortwahl von Frau Moritz zu bleiben -, die derzeit ein Mandat im Kölner Stadtrat oder in einer Bezirksvertretung wahrnehmen, irgend etwas tut, was auch nur entfernt als geldwerte Leistung bewertet werden kann. Da schafft womöglich jede Putzfrau mehr? Immerhin ist die Stadt Köln in den letzten Jahren von CDU, SPD, FDP und Grünen, deren Mandatsträger jetzt mehr Geld fordern, wirtschaftlich ruiniert worden. Die Schuldenlast hat sich in Milliardenhöhe aufgetürmt, der Nothaushalt droht. Soll die Stadt Köln neue Kredite aufnehmen, um mehr Geld an Kommunalpolitiker auszahlen zu können, die nicht nur, aber insbesondere auch im wirtschaftspolitischen Bereich völlig versagt haben?

Würden die Kölner Kommunalpolitiker nach Leistung bezahlt werden, dann dürften sie kein Geld bekommen, sondern müßten draufzahlen. Wesentlich ist zudem für eine sachgerechte Bewertung der Kosten, mit denen der Rat den Steuerzahler belastet, nicht eine isolierte Auflistung der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder, sondern ein Blick auf die in Köln völlig überhöhten Fraktionszuwendungen, die größtenteils für Personalkosten ausgegeben werden. Sie wurden gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln beschlossen, betragen rund 15.000 Euro pro Ratsmitglied im Jahr und müssen zu den Gesamtkosten, die der Kommune für den kommunalpolitischen Apparat entstehen, hinzugerechnet werden.

Dann entsteht im Städtevergleich ein ganz anderes Bild. Ein Mitglied des Kölner Stadtrates kostet den Steuerzahler jährlich im Durchschnitt 30.485 Euro. In Frankfurt a.M. betragen die Kosten 30.612 Euro, in Hamburg 26.682, in Stuttgart 18.294 und in München nur 17.448 Euro. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: „Arme Kirchenmäuse“ müssen mit weniger auskommen. Die Kölner Kommunalpolitiker sind überbezahlt.

Jene Politiker, die jetzt mehr Geld wollen, haben zudem offenbar völlig die Haushaltslage aus dem Blick verloren. Die Stadt hat 2,5 Milliarden Euro Schulden, die angestrebte Anhebung der Politiker-Bezüge müßte aus neuen Krediten finanziert und dementsprechend vom Steuerzahler verzinst werden.

Und das in den Zeiten von Hartz IV! Für die meisten Kölner würde ein Zuschuß von monatlich mehreren hundert Euro die Haushaltskasse spürbar aufbessern und zweifellos dankend angenommen werden. Und zwar erst recht, wenn er bezahlt wird nicht nur dafür, daß er sich – um bei der Perspektive von Herrn Hupke zu bleiben – mit den Hundehaufen im Veedel beschäftigt, sondern für eine oft auch repräsentative, also angenehme Tätigkeit, bei der die Ratsmitglieder und Bezirks-Mandatare regelmäßig nicht auf irgendeinen Repräsentationsetat zurückgreifen müssen, weil sie zum Beispiel von Firmen oder Vereinen eingeladen und großzügig beköstigt werden.

Winrich Granitzka, Barbara Moritz, Martin Börschel, Ulrich Breite und ihre Unterstützer in den Bezirken verlieren offenbar die Bodenhaftung. Ihr Ruf nach mehr Geld ertönt zur Unzeit. Der Rat tut gut daran, diese schwarzen Schafe in seinen Reihen zur Mäßigung aufzurufen. Dem soll die beantragte Aktuelle Stunde dienen.

gez. Rouhs